

# Inhaltsverzeichnis

<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>XXV</b>
------------------------------------	------------

## **Einführung**

<b>Untersuchungsgegenstand und Themenstellung</b> .....	<b>1</b>
---	----------

## **Teil I**

### **Zur verfassungsrechtlichen Autonomie Südtirols**

<b>A. Zum Autonomiebegriff</b> .....	<b>7</b>
<b>I. Zur Vielfalt des Begriffes »Autonomie«</b> .....	<b>7</b>
<b>II. Autonomiebegriffe im Kontext der Verfassung von 1948</b> ....	<b>8</b>
<b>III. Autonomie und Einheit als Verfassungsgrundsätze</b> in Art 5 Verfassung .....	<b>14</b>
<b>IV. Autonomie als Instrument des Minderheitenschutzes</b> ....	<b>18</b>
<b>V. Regionale Autonomie in der Verfassung:</b> vom »Regionalstaat« zur »Gleichordnung« .....	<b>19</b>
<b>1. In der Verfassung 1948</b> .....	<b>19</b>
<b>a. Der Regionalstaat</b> .....	<b>19</b>
<b>b. Das duale Modell der regionalen Autonomie</b> .....	<b>21</b>
<b>2. Auf der Grundlage des Verfassungsgesetzes</b> Nr 3/2001 .....	<b>24</b>
<b>a. Zur »Gleichordnung« zwischen Staat</b> und Regionen .....	<b>24</b>
<b>b. Regionale Teilnahme an staatlichen</b> Befugnissen .....	<b>26</b>
<b>c. Autonomie im multizentrischen System</b> .....	<b>29</b>
<b>d. Zum Verhältnis Sonderautonomie und</b> Autonomie der Regionen mit Normalstatut .....	<b>36</b>
<b>(i.) Zur »Besonderheit im Negativen«</b> .....	<b>36</b>
<b>(ii.) Sonderautonomie und Aufwertung</b> der regionalen Autonomie .....	<b>38</b>

(iii.) Fortbestand des dualen Modells der Regionalautonomie .....	41
VI. Autonomie und Souveränität .....	42
VII. Autonomie als unabhängig wahrzunehmender Interessenbereich in den Beziehungen zwischen Staat und Regionen .....	48
B. Die Sonderautonomie Südtirols .....	52
I. Grundsätzliches .....	52
II. Zur völkerrechtlichen Grundlage der Sonderautonomie Südtirols .....	53
III. Die Provinz als Träger der Sonderautonomie .....	57
IV. Gesetzgebungs- und Verwaltungsautonomie im Autonomiestatut 1972 .....	58
1. Typen und Schranken der Befugnisse .....	58
a. Typen und Bereiche .....	58
b. Die Schranke des nationalen Interesses .....	63
c. Die Schranke der internationalen Verpflichtungen .....	66
2. Besondere Beziehungen zwischen Land und Staat ...	66
a. Zur Bedeutung besonders ausgestalteter Beziehungen zwischen Land und Staat .....	66
b. Die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut .....	67
(i.) Natur und Funktion .....	67
(ii.) Die institutionelle Verankerung der besonderen Beziehungen: die paritätischen Kommissionen .....	70
c. Sonderregelungen in den Beziehungen zwischen Land und Staat .....	73
(i.) Zum Verhältnis von Landes- und Staatsgesetzgebung .....	73
(ii.) Die Regelung des Art 2 Gesetzesvertretendes Dekret Nr 266/1992 .....	74
(iii.) Zum Verhältnis zwischen der Verwaltungs- tätigkeit des Landes und des Staates .....	78
d. Teilnahmerechte .....	84
3. Sonderautonomie und Prinzip der loyalen Zusammenarbeit .....	85

V.	Südtiroler Sonderautonomie und das Verfassungsgesetz	
	Nr 3/2001 .....	87
1.	Art 10 Verfassungsgesetz Nr 3/2001 als Günstigkeitsklausel .....	87
2.	Die Träger der weiteren Formen der Autonomie .....	89
3.	Die Gesetzgebungsautonomie Südtirols auf der Grundlage von Art 10 Verfassungsgesetz Nr 3/2001 ....	90
	a. Zur Neuregelung der Gesetzgebungskompetenzen durch das Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	90
	(i.) Kriterien der Kompetenzordnung .....	90
	(ii.) Schranken der regionalen Gesetzgebungskompetenzen .....	94
	(iii.) Das Subsidiaritätsprinzip .....	96
	(iv.) Das Prinzip der loyalen Zusammenarbeit ....	98
	b. Materien der autonomen Gesetzgebungsbefugnisse .....	100
	c. Schranken der autonomen Gesetzgebungsbefugnisse .....	104
	d. Zum Anwendungsbereich von Art 2 Gesetzes- vertretendes Dekret Nr 266/1992 .....	106
4.	Die Verwaltungsautonomie Südtirols auf der Grundlage von Art 10 Verfassungsgesetz Nr 3/2001 ..	108
	a. Zur Neuregelung der Verwaltungsbefugnisse durch das Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	108
	(i.) Flexibilisierung der Verwaltungsbefugnisse .....	108
	(ii.) Die staatliche Ersatzgewalt .....	109
	(iii.) Staatliche Ausrichtungs- und Koordinierungsbefugnisse .....	111
	b. Materien der autonomen Verwaltungsbefugnisse .....	112
	c. Die Ersatzgewalt des Staates .....	114
	d. Zu den Koordinierungsbefugnissen des Staates ....	115
5.	Zur Anpassung des Sonderstatuts .....	116
6.	Die Auswirkungen von Art 10 Verfassungsgesetz Nr 3/2001 auf statutarische Bestimmungen .....	117
7.	Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut und Umsetzung des Verfassungsgesetzes Nr 3/2001 ....	119

8.	Sonderautonomie und das Prinzip der loyalen Zusammenarbeit nach dem Verfassungsgesetz	
	Nr 3/2001 .....	121
	a. Schwächen des Prinzips der loyalen Zusammenarbeit .....	121
	b. Die Erklärung von Aosta .....	123
C.	Verfassungsrechtlicher Zwischenbefund: Sonderautonomie nach dem Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	124
	I. Sonderautonomie: kein Auslaufmodell .....	124
	II. Sonderautonomie als qualitativer Mehrwert an Autonomie in den Beziehungen zum Staat .....	126
	III. Sonderautonomie als verfassungsrechtlich zu wahrerender Individualismus .....	130

## Teil II

### Der unionsrechtliche Rahmen der verfassungsrechtlichen Autonomie

A.	Vorbemerkung .....	133
B.	Charakteristika des unionsrechtlichen Rahmens .....	134
	I. Zur Entwicklung des unionsrechtlichen Rahmens .....	134
	II. Charakteristika der Rechtsordnung der Europäischen Union .....	137
	III. Instrumente zur Durchsetzung des Unionsrechts .....	139
	1. Aufsichts- bzw Vertragsverletzungsklagen .....	139
	2. Vorabentscheidungsverfahren .....	142
	3. Nichtigkeitsklagen .....	144
	IV. Die »Landes-Blindheit« .....	145
	V. Die Kompetenzen der Europäischen Union .....	148
	VI. Die Prinzipien der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit .....	153
	VII. Die Neuerungen des Subsidiaritätsprotokolls .....	156
C.	Regionale Teilnahme an der Rechtsetzung im Rahmen der Europäischen Union .....	159
	I. Im Allgemeinen .....	159
	II. Grundsätzliches zu den Organen der Union .....	161
	III. Die Rolle der nationalen Parlamente .....	164
	IV. Regionale Teilnahme im Rahmen des Rates der Europäischen Union .....	168

1.	Vertreter der regionalen Ebene als Vertreter des Mitgliedstaates .....	168
2.	Zur Doppelfunktion der Ratsmitglieder .....	169
3.	Die Ratsformationen .....	170
4.	Der Ausschuss der Ständigen Vertreter: Vorbereitungsgremium der Ratsentscheidungen .....	171
5.	Der Vermittlungsausschuss Rat-Parlament .....	172
6.	Weitere Ausschüsse .....	173
V.	Regionale Teilnahme im Rahmen der Europäischen Kommission .....	174
1.	Teilnahme an der Rechtsetzungsinitiative .....	174
2.	Teilnahme an der Ausübung von normativen Durchführungsbefugnissen der Europäischen Kommission .....	175
VI.	Regionale Teilnahme im Rahmen des Europäischen Parlaments .....	180
VII.	Der Ausschuss der Regionen: zur institutionalisierten Teilnahme der regionalen Ebene .....	183
1.	Entstehung und Entwicklung .....	183
2.	Zusammensetzung .....	184
3.	Funktionen .....	186
4.	Arbeitsweise .....	188
5.	Zur Wirksamkeit der Stellungnahmen .....	189
6.	Zur Rolle in der prälegislativen Phase .....	190
7.	Ausschuss der Regionen und Subsidiarität .....	191
VIII.	Zur mitgliedstaatlichen Komponente der regionalen Teilnahme am Rechtsetzungsprozess .....	192
D.	Zur regionalen Rolle in der Vollziehung des Unionsrechts .....	194
I.	Zur Vollziehung im Allgemeinen .....	194
II.	Die Europäische Kommission als Hüterin des Unionsrechts .....	196
III.	Zur Vollziehung aus regionaler Sicht .....	198
E.	Territoriale Untergliederungen der Mitgliedstaaten als Subjekte des Unionsrechts .....	200
I.	Grundsätzliches .....	200
II.	Der regionale Zugang zum Gerichtshof der Europäischen Union im Rahmen der Nichtigkeitsklage .....	201
III.	Territoriale Untergliederungen der Mitgliedstaaten und Strukturfonds .....	203

IV.	Die territorialen Untergliederungen als Träger von unionsrechtlich verliehenen Befugnissen zur grenzüberschreitenden und interregionalen Zusammenarbeit .....	206
1.	Grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit als Instrument der wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion .....	206
2.	Der Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit EVTZ .....	208
a.	Zu den Zielen des EVTZ .....	208
b.	Die Teilnahme regionaler und lokaler Gebietskörperschaften an einem EVTZ .....	210
c.	Die Kontrollfunktion der Mitgliedstaaten .....	211
d.	Rechtsschutz .....	213
3.	Der EVTZ als unionsrechtliche Erweiterung der regionalen Autonomiesphäre im Hinblick auf die grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit .....	214
F.	Zwischenbefund: Vorgaben für den verfassungsrechtlichen Rahmen der Autonomie in Angelegenheiten der europäischen Integration .....	216

### Teil III

#### Das Element der europäischen Integration in der Verfassung

A.	Vorbemerkung .....	221
B.	Europäische Integration und Verfassung bis zum Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	222
I.	Im Allgemeinen .....	222
1.	Art 11 Verfassung als einzige verfassungsrechtliche Grundlage .....	222
2.	Das Verhältnis zwischen den Rechtsordnungen in der Judikatur des Verfassungsgerichtshofs .....	223
3.	Die Theorie der Schranken-Schranken als Grenze für die Auswirkungen der europäischen Integration .....	226
4.	Verfassungsgerichtshof und Vorabentscheidung .....	228
II.	Die regionale Perspektive .....	231
1.	Grundsätzliches .....	231
2.	Europäische Integration als Monopol des Staates .....	233

3.	Die regionale Ebene als »erste Instanz« der Vollziehung von Gemeinschaftsrecht .....	235
4.	Europäische Integration und regionale Kompetenzen .....	237
5.	Sonderautonomie und europäische Integration .....	240
C.	Europäische Integration und Verfassung nach dem Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	241
I.	Grundsätzliches .....	241
II.	Art 117 Abs 1 Verf: die Gemeinschaftsrechtsordnung (nunmehr Unionsrechtsordnung) als Schranke der staatlichen und der regionalen Gesetzgebungstätigkeit .....	243
1.	Die ausdrückliche Anerkennung der Vorgaben aus dem Gemeinschaftsrecht (nunmehr Unionsrecht) .....	243
2.	Das Gemeinschaftsrecht (nunmehr: Unionsrecht) als zwischengeschaltete Norm zur Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der regionalen Gesetzgebungstätigkeit .....	247
3.	Verfassungsgerichtshof und Vorabentscheidung: Der Verfassungsgerichtshof als Gericht iS von Art 234 EGV (nunmehr Art 267 AEUV) .....	250
a.	Der Ausgangsfall .....	250
b.	Das revirement des Verfassungsgerichtshofs .....	252
c.	Zum Anwendungsbereich der Vorabentscheidungsersuchen .....	253
4.	Zum Verhältnis zwischen Gemeinschaftsrecht (nunmehr Unionsrecht) und nationalem Recht .....	255
III.	Art 117 Abs 3 Verfassung: die regionalen Beziehungen zur Europäischen Union .....	258
1.	Zum Anwendungsbereich der regionalen Gesetzgebungskompetenz .....	258
2.	Die organisatorische Ausgestaltung der einschlägigen regionalen Tätigkeit .....	259
3.	Das Verhältnis zur regionalen Vollziehungskompetenz gemäß Art 117 Abs 5 Verf .....	260
4.	Das Verhältnis zur regionalen Beteiligung am europäischen Entscheidungsprozess gemäß Art 117 Abs 5 Verf .....	261
5.	Art 117 Abs 3 Verf als Residualkategorie .....	262

IV.	Art 117 Abs 5 Verfassung: die Regionen und autonomen Provinzen als verfassungsrechtliche Akteure der europäischen Integration .....	264
1.	Grundsätzliches .....	264
2.	Die regionale Beteiligung an der Erzeugung von Unionsrecht .....	266
a.	Die regionale Beteiligung an der Erzeugung von Sekundärrecht .....	266
b.	Regionale Autonomien und die Erzeugung von Primärrecht .....	267
(i.)	Inkurs: Zu den Befugnissen der regionalen Autonomien im Bereich des Völkerrechts aufgrund der Verfassungsreform 2001 .....	267
(ii.)	Zur mangelnden Einbeziehung der regionalen Autonomien in die Erzeugung von Primärrecht .....	270
3.	Die regionale Zuständigkeit zur Vollziehung von Unionsrecht .....	271
V.	Art 117 Abs 5 Verfassung und Art 120 Abs 2 Verfassung: die staatliche Ersatzgewalt .....	273
1.	Die staatliche Ersatzgewalt zwischen Vermeidung unionsrechtlicher Verantwortlichkeit und innerstaatlicher Kompetenzordnung .....	273
2.	Ersatzgewalt und gesetzgeberische regionale Tätigkeit .....	277
VI.	Art 11 Verfassung: die Rolle nach der Reform von 2001 .....	281
1.	Art 11 Verfassung als grundlegende Norm für die Teilnahme Italiens am europäischen Integrationsprozess .....	281
2.	Die Schranken-Schranken .....	284
3.	Der Verfassungsgrundsatz der Autonomie als Schranken-Schranke? .....	286

#### **Teil IV**

#### **Staatliche und regionale Organe und Strukturen im Prozess der europäischen Integration**

A.	Vorbemerkung .....	291
B.	Die Ebene der Exekutive .....	292

I.	Die Regierung .....	292
1.	Das Außenministerium .....	292
2.	Der Präsident des Ministerrats .....	293
3.	Der Minister für europäische Politiken .....	294
4.	Die Abteilung für die europäischen Politiken .....	296
5.	Die Verwaltungsstrukturen nach dem Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	298
a.	Zur Bündelung der Strukturen der Exekutive .....	298
b.	Das Interministerielle Komitee CIACE .....	300
c.	Das Ständige Technische Komitee .....	302
d.	Die Reform des Gesetzes Nr 11/2005 .....	304
II.	Die Ständige Konferenz für die Beziehungen zwischen dem Staat, den Regionen und den autonomen Provinzen Bozen und Trient .....	305
1.	Rechtliche Grundlagen .....	305
2.	Zusammensetzung .....	308
3.	Formen der Zusammenarbeit .....	309
4.	Zur Funktionsweise der Ständigen Konferenz Staat-Regionen .....	312
a.	Beschlussfassung .....	312
b.	Rechtliche Wirkungen der Beschlüsse .....	314
c.	Zur Dominanz der staatlichen Seite .....	316
5.	Die Neugestaltung als Ständige Konferenz der Regierungsebenen .....	317
6.	Aufgaben der Ständigen Konferenz Staat-Regionen im Bereich der europäischen Integration .....	319
a.	Die »Gemeinschaftsrechtsitzung« .....	319
b.	Weitere Aufgaben im Bereich der Vollziehung von Unionsrecht .....	321
c.	Aufgaben im Bereich der Entstehung von Unionsrecht .....	322
d.	Ausgestaltung der regionalen Position durch Übereinkommen, Protokolle und Leitlinien: zum politischen Interessenabgleich Staat-regionale Autonomien in der Verwirklichung regionaler Rechtspositionen .....	323
C.	Die legislative Ebene: das Parlament .....	325
I.	Die Entwicklung der Rolle des Parlamentes .....	325
II.	Informations- und Berichtspflichten der Regierung .....	327

III.	Der Vorbehalt der parlamentarischen Überprüfung .....	330
IV.	Die Vorgaben für die Position Italiens in den europäischen Institutionen .....	331
V.	Die Teilnahme am Frühwarnsystem zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips .....	333
VI.	Die Teilnahme an der Vollziehung des Unionsrechts: das »Gemeinschaftsgesetz« .....	334
D.	Die Strukturen zur regionalen Koordination .....	338
I.	Zur Notwendigkeit der regionalen Koordination .....	338
II.	Auf exekutiver Ebene: Die Konferenz der Regionen und Autonomen Provinzen .....	340
1.	Zur Rolle der Konferenz der Regionen und Autonomen Provinzen .....	340
2.	Aufgaben, Zusammensetzung und Arbeitsweise .....	341
3.	Die Stellung der Sonderautonomien .....	344
4.	Im Besonderen: der Bereich der europäischen Integration .....	344
III.	Auf legislativer Ebene: Die Konferenz der Präsidenten der gesetzgebenden Versammlungen der Regionen und autonomen Provinzen .....	346
1.	Entstehung, Zusammensetzung und Aufgaben .....	346
2.	Im Besonderen: der Bereich der europäischen Integration .....	347
a.	Vernetzung auf europäischer Ebene im Rahmen der CALRE .....	347
b.	Einbindung auf nationaler Ebene .....	349
E.	Die staatlichen Institutionen in Umsetzung des unionsrechtlichen Rahmens aus regionaler Sicht .....	351
I.	Die Regierung und die regionale Ebene .....	351
1.	Die Regierungsstrukturen als primäre Ansprechpartner der regionalen Ebene .....	351
2.	Zur Aufwertung der Rolle der Ständigen Konferenz Staat-Regionen im Bereich der europäischen Integration .....	351
3.	Zur Einbringung regionaler Positionen .....	352
II.	Das Parlament und die regionale Ebene .....	353

**Teil V****Die Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Position  
der Regionen und autonomen Provinzen im europäischen  
Integrationsprozess durch staatliche Normen: regionale  
Beteiligung an der Entstehung von Unionsrecht**

A. Grundsätzliches .....	355
B. Regionale Beteiligung an der Entscheidungsbildung auf innerstaatlicher Ebene .....	358
I. Informationspflichten der Regierung .....	358
II. Stellungnahmerechte der regionalen Autonomien .....	363
III. Die Teilnahme an den nationalen Vorbereitungsgremien .....	364
1. Das Interministerielle Komitee CIACE .....	364
2. Das Ständige Technische Komitee .....	367
3. Die nationalen »Koordinierungstische« .....	369
4. Zum Verhältnis zwischen den verschiedenen Koordinierungsgremien .....	370
IV. Im Besonderen: Südtirol .....	373
1. Informationspflichten der Regierung und Stellungnahmerechte .....	373
2. Teilnahme an den nationalen Vorbereitungsgremien .....	374
C. Regionale Beteiligung an der Entscheidungsbildung auf europäischer Ebene .....	376
I. Teilnahme an europäischen Strukturen .....	376
1. Der Ausschuss der Regionen .....	376
a. Auswahlmodus der regionalen Mitglieder aus Italien und Rechtsgrundlagen .....	376
b. Die Rechtsgrundlage für die Benennung der Mitglieder vor dem Hintergrund der Verfassungsreform von 2001 .....	379
2. Das Europäische Parlament .....	381
3. Die Teilnahme an den Delegationen Italiens in den europäischen Strukturen .....	383
a. Zum Inhalt von Art 5 Abs 1 Gesetz Nr 131/2003 ...	383
b. Das Allgemeine Übereinkommen von 2006 .....	386
c. Zur Schwierigkeit der praktischen Umsetzung von Art 3 Allgemeines Übereinkommen .....	390
4. Nationale Experten in europäischen Institutionen .....	393

II.	Teilnahme im Wege des Mitgliedstaates .....	394
1.	Regionale Experten in der Ständigen Vertretung Italiens bei der Europäischen Union .....	394
2.	Einvernehmen und regionaler Vorbehalt im Rahmen des Rates der Europäischen Union .....	397
3.	Nichtigkeitsklagen vor dem Gerichtshof der Europäischen Union .....	399
4.	Zur Effektivität der Regelungen zu Vorbehalt und Nichtigkeitsklage zur Bewahrung regionaler Positionen .....	402
III.	Direkte Beziehungen der Regionen und autonomen Provinzen zur Europäischen Union .....	405
1.	Die regionalen Beziehungen zur Europäischen Union als eigene Kategorie .....	405
2.	Die regionalen Verbindungsbüros .....	407
IV.	Im Besonderen: Südtirol .....	409
1.	Teilnahme an europäischen Strukturen .....	409
a.	Der Ausschuss der Regionen .....	409
(i.)	Die Südtiroler Mitglieder und Stellvertreter ..	409
(ii.)	Zur Wirksamkeit des Ausschusses der Regionen hinsichtlich Südtiroler Anliegen ...	413
b.	Das Europäische Parlament .....	415
c.	Die Teilnahme an den Delegationen Italiens in den europäischen Strukturen .....	417
(i.)	Allgemeines .....	417
(ii.)	Das Urteil Nr 239/2004 .....	418
(iii.)	Die Position der Sonderautonomie .....	420
2.	Teilnahme im Wege des Mitgliedstaates .....	423
a.	Regionale Experten in der Ständigen Vertretung Italiens bei der Europäischen Union .....	423
b.	Regionaler Vorbehalt im Rahmen des Rates der Europäischen Union .....	423
c.	Die Nichtigkeitsklage iS von Art 5 Abs 2 Gesetz Nr 131/2003 .....	424
3.	Direkte Beziehungen zu den Organen und Institutionen der Europäischen Union .....	425
a.	Direkte Beziehungen als eigene Kategorie .....	425
b.	Das Südtiroler Verbindungsbüro in Brüssel .....	426
D.	Die Reform des Gesetzes Nr 11/2005 .....	430

**Teil VI****Die Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Position der Regionen und autonomen Provinzen im europäischen Integrationsprozess durch staatliche Normen: regionale Vollziehung von Unionsrecht**

A. Grundsätzliches .....	435
B. Die Regelungen bis zur Ausführungsgesetzgebung zum Verfassungsgesetz Nr 3/2001: Überblick .....	437
C. Die staatliche Gesetzgebungskompetenz zur Festlegung von Verfahrensregeln gemäß Art 117 Abs 5 Verf .....	440
D. Das Ausführungsgesetz Nr 11 vom 4. Februar 2005 aus regionaler Sicht .....	442
I. Vorbemerkung .....	442
II. Vollziehung von Primärrecht und von Verordnungen .....	443
III. Umsetzung von Richtlinien .....	443
1. Umsetzung von Richtlinien und Verhältnis zwischen staatlicher und regionaler Umsetzungsgesetzgebung .....	443
2. Die Ausrichtung der regionalen Tätigkeit in den Bereichen ausschließlicher staatlicher Zuständigkeit .....	444
3. Kennzeichnungs- und Meldepflichten .....	446
IV. Durchführung von Entscheidungen .....	447
V. Durchführung von Urteilen des Gerichtshofs der Europäischen Union .....	449
VI. Einbeziehung in die staatliche Vollzugstätigkeit .....	449
1. Einbeziehung in die staatliche Vollzugstätigkeit: die »Gemeinschaftsrechtssitzung« der Ständigen Konferenz Staat-Regionen .....	449
2. Die Überprüfung der Unionsrechtskonformität der Rechtsordnung .....	451
3. Regionale Inhalte des staatlichen »Gemeinschaftsgesetzes« .....	452
4. Die Berichte der Regierung an das Parlament und die regionale Vollzugstätigkeit .....	455
5. Der Parlamentarische Ausschuss für regionale Angelegenheiten in ergänzter Form gemäß Art 11 VerfG Nr 3/2001 .....	456

E.	Zur Verletzung von Verpflichtungen aus der Unionsrechtsordnung durch die Regionen und autonomen Provinzen .....	458
I.	Die staatliche Ersatzgewalt .....	458
1.	Allgemeines .....	458
2.	Verletzung der Verpflichtungen aus der Unionsrechtsordnung durch Untätigkeit .....	460
3.	Verletzung der Verpflichtungen aus der Unionsrechtsordnung durch Nichtbeachtung von Unionsrecht .....	462
4.	Dringliche Maßnahmen der Regierung zur Anpassung an die Verpflichtungen aus der Unionsrechtsordnung .....	464
II.	Anwendungsvorrang und Anpassungspflicht bei unionsrechtswidrigen regionalen Normen .....	466
III.	Vorläufige Aussetzung der Wirkung im Rahmen direkter Verfassungsbeschwerden als Mittel gegen legislative Unionsrechtsverletzungen .....	468
IV.	Regionen und autonomen Provinzen und Vertragsverletzungsverfahren gemäß Art 258 ff AEUV .....	470
1.	Die Pflicht zur Beseitigung von Vertragsverletzungen .....	470
2.	Das Übereinkommen über die Modalitäten zur Durchführung der aus der Mitgliedschaft Italiens bei der Europäischen Union herrührenden Verpflichtungen und über die Garantien der Information durch die Regierung .....	472
a.	Zum Ziel des Übereinkommens .....	472
b.	Zur Einbindung der Regionen und autonomen Provinzen in die Vertragsverletzungsverfahren .....	473
V.	Das Recht auf Überwälzung .....	477
F.	Im Besonderen: Südtirol .....	481
I.	Die Regelungen bis zur Ausführungsgesetzgebung zum Verfassungsgesetz Nr 3/2001: Überblick .....	481
II.	Die Weitergeltung der Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut 1972 nach dem Verfassungsgesetz Nr 3/2001 .....	484
III.	Weitere einzelhafte Regelungen in Durchführungsbestimmungen .....	485

---

IV.	Die Durchführungsbestimmung DPR Nr 526/1987: die allgemeine Regelung .....	485
1.	Zur Entstehung von DPR Nr 526/1987 .....	485
2.	Der Vollzug von Verordnungen, Richtlinien und Empfehlungen .....	486
3.	Die Ersatzgewalt des Staates .....	487
V.	Die Geltung der allgemeinen Regelungen in Umsetzung der Verfassungsreform 2001 .....	490
VI.	Zu den Beziehungen Staat-Land im Lichte des Unionsrechts .....	492
1.	Nationales Interesse und Gemeinschaftsrecht (nunmehr Unionsrecht) .....	492
2.	Untätigkeit und unionsrechtswidriges Handeln auf legislativer Ebene .....	495
3.	Zur Unionsrechtskonformität von Art 2 GvD Nr 266/1992 .....	498
4.	Untätigkeit und unionsrechtswidriges Handeln auf administrativer Ebene .....	499
VII.	Zu den mit Vertragsverletzungsverfahren verbundenen Problemen .....	500
1.	Zur Aussetzung bzw Aufhebung unionsrechts- widriger Maßnahmen des Landes .....	500
2.	Zur Rolle der Autonomen Provinz in Vertrags- verletzungsverfahren .....	502
G.	Die Reform des Gesetzes Nr 11/2005 .....	502
H.	Zur innerstaatlichen Dimension der unionsrechtlichen »Subjektivität« im Rahmen der Vollziehung .....	504
I.	Regionen und autonome Provinzen und Strukturfonds ...	504
1.	Die Einbeziehung der regionalen Ebene im Rahmen des Prinzips der Partnerschaft .....	504
2.	Regionale Umsetzung und grenzüberschreitende und interregionale Zusammenarbeit .....	506
II.	EVTZ und »unionsrechtliche Subjektivität« der regionalen Autonomien .....	508
1.	Die Umsetzung der unionsrechtlichen Regeln zum EVTZ in Italien .....	508
2.	Der EVTZ »Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino« ....	513

**Teil VII****Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Position der Regionen und autonomen Provinzen im europäischen Integrationsprozess auf regionaler Ebene**

A. Zu den Rahmenbedingungen der Ausgestaltung auf regionaler Ebene .....	517
B. Die Ausgestaltung auf regionaler Ebene .....	520
I. Die Ausgestaltung auf statutarischer Ebene .....	520
II. Die Ausgestaltung der Beziehungen zwischen den regionalen Organen .....	522
1. Informationspflichten .....	522
2. Stellungnahmerechte .....	523
3. Die Rolle des Regionalrats .....	524
4. Teilnahme an den Delegationen auf europäischer Ebene .....	527
5. Ausübung des Antragsrechts auf Einbringung einer Nichtigkeitsklage iS von Art 5 Abs 2 Gesetz Nr 131/2003 bzw eines Vorbehalts iS von Art 5 Abs 5 Gesetz Nr 11/2005 .....	527
6. »Gemeinschaftssitzungen« der Regionalorgane .....	528
III. Regionale »Gemeinschaftsgesetze« .....	528
1. Zur Anpassung der regionalen Rechtsordnung durch regionale »Gemeinschaftsgesetze« .....	528
2. Zur Verfassungsmäßigkeit regionaler »Gemeinschaftsgesetze« .....	531
3. Dringliche Maßnahmen .....	533
IV. Verwaltungsstrukturen .....	533
V. Die Rolle der lokalen Autonomien hinsichtlich der europäischen Integration im regionalen System .....	534
1. Zur Beziehung zwischen den lokalen und der regionalen Ebene .....	534
2. Der Rat der lokalen Autonomien .....	535
VI. Im Besonderen: die Regelungen in der Autonomen Provinz Trient .....	537
1. Zum Interesse der Regelungen .....	537
2. Allgemeine Regelungen zur europäischen Integration .....	537
3. Der Landtag .....	539

4.	Die Landesverwaltung .....	540
a.	Die Landesregierung .....	540
b.	Verwaltungsstrukturen .....	541
c.	Das Verbindungsbüro in Brüssel .....	541
d.	Die Richtlinien über die Organisation der institutionellen Tätigkeiten der Provinz in Bezug auf das Gemeinschaftsrecht .....	542
5.	Die lokalen Autonomien .....	545
6.	Charakteristika der Trentiner Regelungen .....	546
VII.	Charakteristika regionaler Modelle .....	547
1.	Einfluss der staatlichen Regelungen .....	547
2.	Dominanz der Exekutive .....	548
C.	Südtirol: der status quo .....	550
I.	Vorbemerkung .....	550
II.	Die europäische Integration und der Südtiroler Landtag ...	551
1.	Die gesetzgeberische Vollziehung von Unionsrecht ...	551
2.	Die Beteiligung des Landtages an der Entstehung von Unionsrecht .....	553
3.	Die Koordinierung mit der Exekutive .....	553
4.	Die Zusammenarbeit mit anderen regionalen Gesetzgebungsorganen in Angelegenheiten der europäischen Integration .....	553
III.	Die europäische Integration und die Südtiroler Landes- verwaltung .....	554
1.	Die Zuständigkeiten in der Landesregierung .....	554
2.	Die Errichtung eigener Dienststellen .....	554
3.	Die Abteilung für Europa-Angelegenheiten .....	557
a.	Entwicklung der Struktur .....	557
b.	Aufgaben der Abteilung .....	560
(i.)	Im Allgemeinen .....	560
(ii.)	Im Besonderen: Notifizierungen .....	562
4.	Die Regiestelle im Bereich der Strukturfonds .....	564
IV.	Die Stellung der Gemeinden .....	565
V.	Südtirol und die Gesetze Nr 131/2003 und Nr 11/2005 .....	567
1.	Vorbemerkung .....	567
2.	Informationsrechte .....	567
3.	Stellungnahmerechte .....	568
a.	Landesregierung .....	568
b.	Landtag .....	569

4.	Einvernehmen, regionaler Vorbehalt und Nichtigkeitsklage .....	570
5.	Berichtspflichten .....	571
6.	Beteiligung am Entscheidungsprozess auf europäischer bzw nationaler Ebene .....	572
7.	Zur erforderlichen Zusammenarbeit zwischen Landtag und Landesregierung .....	573
8.	Die Reform des Gesetzes Nr 11/2005 .....	574

## **Teil VIII**

### **Ergebnis und Ausblick**

A.	Die Verfassungsreform 2001 als Ausgleich für den Verlust an Autonomie durch die europäische Integration: Realität oder Chimäre? .....	577
I.	Die verfassungsrechtliche Verankerung autonomer regionaler Befugnisse in Angelegenheiten der europäischen Integration .....	577
II.	Die Ausgestaltung der autonomen regionalen Befugnisse vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlichen Position der regionalen Autonomien: Schwachstellen .....	580
III.	Die Ausgestaltung der autonomen regionalen Befugnisse in den Angelegenheiten der europäischen Integration in der staatlichen Gesetzgebung: eine vordergründige Verbesserung .....	585
1.	Regionale Vollziehung des Unionsrechts: Verstärkung der Rolle des Staates .....	585
2.	Regionale Beteiligung an der Entstehung von Unionsrecht: eine Verbesserung mit kollektiven Elementen .....	588
IV.	Vom Wert der Beteiligung auf prozedural-politischer Ebene .....	593
V.	Der Stellenwert von Autonomie und Einheit im Kontext der Angelegenheiten der europäischen Integration: die Verstärkung der Einheit als Realität .....	595
B.	Die besondere Situation Südtirols .....	598
I.	Die verfassungsrechtliche »Gleichheit« der Sonderautonomie Südtirols im Hinblick auf die Europäische Union .....	598

II.	Die Bewahrung der Sonderautonomie im Rahmen der Instrumente der loyalen Zusammenarbeit .....	600
1.	Die Problematik der Entscheidungsverlagerung in kollegiale Strukturen .....	600
2.	Der Verlust der Bilateralität in den Beziehungen zur staatlichen Ebene .....	602
III.	Die verfassungsrechtliche Sonderstellung Südtirols in Form von Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut .....	603
1.	Der Mehrwert der Durchführungsbestimmungen im Rahmen der europäischen Integration .....	603
2.	Das Potenzial der Durchführungsbestimmungen im Hinblick auf den europäischen Integrationsprozess .....	605
a.	Im Hinblick auf die Entstehung von Unionsrecht .....	605
(i.)	Beteiligung an der Entstehung von Primärrecht .....	605
(ii.)	Die einheitliche Position des Mitgliedstaats Italien als Korsett der autonomen Beteiligung .....	605
(iii.)	Die Mitgliedschaft im Ausschuss der Regionen .....	607
(iv.)	Das Potenzial im Rahmen der innerstaatlichen Abstimmungsmechanismen .....	608
b.	Im Hinblick auf die Vollziehung von Unionsrecht .....	610
IV.	Anpassungsbedarf des Sonderstatuts hinsichtlich der europäischen Integration? .....	611
V.	Die Bewahrung der Sonderautonomie in den Beziehungen zum Staat durch unionsrechtskonformes Handeln .....	612
C.	Europäische Integration im Südtiroler Autonomiesystem .....	614
I.	Die Rolle der Landesverwaltung .....	614
1.	Die Dominanz der Exekutive in den Angelegenheiten der europäischen Integration .....	614
2.	Die Rolle des Landeshauptmanns .....	614
II.	Die Rolle des Landtags .....	616
1.	Der Landtag als Akteur im europäischen Integrationsprozess .....	616

III. Möglichkeiten zur verstärkten Beachtung der Angelegenheiten der europäischen Integration im institutionellen Gefüge der Südtiroler Autonomie .....	617
1. Zur Bedeutung einer kontinuierlichen und umfassenden Beachtung des Elements der europäischen Integration: institutionelle Aspekte ....	617
2. Die Sinnhaftigkeit eines Landesgesetzes zur umfassenden Regelung der Angelegenheiten der europäischen Integration .....	619
D. Der Beitrag des Unionsrechts zur innerstaatlichen Position der Sonderautonomie in Angelegenheiten der europäischen Integration .....	621
I. Zur Abschwächung der »Landes-Blindheit« .....	621
II. Zum Potenzial des Vertrags von Lissabon .....	623
1. Die neuen Elemente der Kompetenzordnung zwischen Rückführung von Kompetenzen und Notwendigkeit eines Unionshandelns .....	623
2. Die Aufwertung des Ausschusses der Regionen .....	624
3. Die Teilnahme am Unionsrechtsetzungsprozess .....	625
a. Die Neugestaltung der Komitologie .....	625
b. Die Aufwertung der parlamentarischen Komponente .....	626
E. Schlussbetrachtungen .....	628
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>635</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>663</b>